



Nr. 178. Mittag-Ausgabe.

Sechzehnundfünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonabend, den 17. April 1875.

Deutschland.

0. C. Landtags-Verhandlungen.

46. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 16. April.)

10 Uhr. Am Ministerial-Peonhardt und Fall mit den Commissarien Friedberg, Förster und Lucas, später erscheinen sämtliche übrigen Staatsminister. Die Bänke des Hauses sind ungewöhnlich stark besetzt, die Tribünen überfüllt.

Es sind eingegangen eine Nachweisung des für Rechnung der beteiligten Kreis-Armen- und Provinzial-Vereine ausbar angelegten Dotationsfonds und ein Gesetzentwurf, betreffend die Übertragung der Geschäfte in Ausseins- und Auseinandersetzungsfällen im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein an die Generalcommission zu Münster und Kassel.

Das Haus tritt in die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs ein, dessen einziger Artikel lautet:

Die Artikel fünfzehn, sechzehn und achtzehn der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 sind aufgehoben. Die Rechtsordnung der evangelischen und katholischen Kirche, sowie der anderen Religions-Gesellschaften im Staate, regelt sich nach den Gesetzen des Staates.

Der einzige Abänderungsantrag, der bei Beginn der Verhandlung vorliegt, ist von den Abg. Birchow, Wehrenpennig, Graf Balthasar-Huc, Wagener (Stralsund) und von Bismarck (Münster), also von Vertretern sämtlichen Fraktionen, mit Ausnahme des Centrums, eingebracht, und geht dahin, den zweiten Satz („Die Rechtsordnung“ u. s. w.) zu streichen. Die in Frage stehenden Verfassungssatzel lauten:

Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religions-Gesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber dem Staatsgesetz und der gesetzlich geordneten Aufsicht des Staates unterworfen. Mit der gleichen Maßgabe bleibt jede Religions-Gesellschaft im Beitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

(Der Passus „bleibt aber . . . bis unterworfen“ wurde bei der Abänderung des Art. 15 durch Gesetz vom 5. April 1873 eingehalten, desgleichen der Zusatz: „Mit der gleichen Maßgabe“ u. s. w.)

Art. 16. Der Verfehl der Religions-Gesellschaften mit ihren Oberen ist ungebürtig. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Art. 16. Das Ernennungs-, Worschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zufieht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung. Im Uebrigen regelt das Gesetz die Befugnisse des Staates hinsichtlich der Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen und Religionsdiener, und stellt die Grenzen der kirchlichen Disziplinargewalt fest.

(Der dritte Satz „Im Uebrigen“ u. s. w.) war durch das Gesetz vom 5. April 1873 hinzugefügt.

Zum Worte melden sich 14 Redner, 6 gegen die Vorlage: Reichensperger, Brügel, von Schorlemer-Alst, Windhorst (Melle), v. Kirchmann und v. Gerlach; 8 für die Vorlage: Schmidt (Sagan), Richter (Sangerhausen), Birchow, v. Sybel, Petri, Liedemann, Bernhardi und Jung.

Abg. Reichensperger: Die Aufhebung dreier Artikel der Verfassung, welche ja schon die Mehrheit der beiden Häuser zu haben scheint, alles natürlich im Interesse des Cultuskampfes, ist ein wichtiger Act; in diesem Kampf wird ein Freiheitsrecht nach dem andern verloren gehen. Man war bei Aufstellung der Artikel der Meinung, daß Staatsbürgersche Freiheit ohne kirchliche gar nicht bestehen könne. Ehemals galt es für das Verhältniß von Staat und Kirche immer nur zwei Systeme, das der Unterordnung der Kirche über den Staat oder des Staats über die Kirche. Wenn eine Unterordnung der Kirche bestand, so war sie eine vollberechtigte und naturnothwendige. (Widerspruch). Der Standpunkt Gregor VII. war seiner Zeit ein nothwendiger und rettender. (Widerspruch). Es ist aber kein anderes System für das Verhältniß von Staat und Kirche möglich als das der Nebenordnung; eine Schlichtung aller Streitigkeiten ist allerdings auch damit nicht zu erreichen, eine absolute Formel für menschliche Dinge ist eben niemals möglich. Diese Nebenordnung hat man in der preußischen Verfassung ausgesprochen und darin eine Formel für den religiösen Frieden zu finden geglaubt. Die Verfassungstreitigkeiten auf kirchlichem Gebiete haben sich damals weniger mit der römisch-katholischen als mit der evangelischen Kirche beschäftigt. Die katholische hat von den ihr im Art. 15 garantirten Rechten Besitz genommen unter Zustimmung der Regierung und ohne Widerspruch der Majorität der Volksvertreter zu erfahren. Der Beweis der Lebensorkeit der katholischen Kirche scheint mitgewirkt zu haben, um eine immer stärkere Eifersucht zu erwecken. (Heiterkeit). Man greift immer weiter in das Gebiet der katholischen Kirche ein, man bestimmt über die Ein- und Absetzung der Geistlichen, läßt die Bischöfe durch ein Laiengericht aus dem Amt entfernen, und setzt Geld- und Verbannungsstrafen für dieselben fest. Dem gegenüber ist kein aktiver Widerstand geleistet worden, die Bischöfe haben die Strafen gebüdig getragen und das Volk ermahnt, sich von der Gewalt fern zu halten (Bewegung), und diesen Standpunkt heilt auch die letzte Encyclica, die als ein Attentat auf das Bestehen des preußischen Staates bezeichnet wird. (Widerspruch).

Ich habe das schon einmal gesagt und Widerspruch gefunden. Ich habe mich näher umgedacht und gefunden, daß das Wort irritus nicht die absolute Ungültigkeit und Richtigkeit, sondern nur die relative Wirkungslosigkeit nach irgend einer bestimmten Richtung hin bedeutet. (Heiterkeit). Dieselbe Bedeutung des Wortes finden Sie im kanonischen Recht: wenn ein unrechtmäßiger Bischof jemanden zum Priester weiht, so ist die Weihe nicht ungültig, sie kann vom rechtmäßigen Bischofe nicht noch einmal vorgenommen, sondern nur ratifiziert werden; der Geweihte ist ein Priester, er darf nur keine priesterlichen Handlungen vornehmen. (Große Heiterkeit). Wenn dieser Unterschied in einer gesetzgebenden Versammlung nicht begriffen werden kann, so verstehe ich das nicht. Die Gesetze verstossen gegen unser Gewissen und allein der, dessen Gewissen in Frage kommt, hat seine Zustimmung zu ihnen zu entscheiden (Bewegung). Sie werden doch nicht unser Gewissen durch den Säbel corrigen wollen? Sie nehmen für den Staat das Recht in Anspruch, zu bestimmen, wer das Evangelium predigen, wer die Sacramente spenden soll. Das ist unserer Meinung nach ein Eingriff in das Dogma der katholischen Kirche. Die Herren von der Fortschrittspartei sprechen ja immer von individueller Religionsfreiheit; sehen Sie denn nicht, daß die individuelle Religionsfreiheit für uns darin besteht, daß wir unsere Geistlichen und Bischöfe den Nachfolgern der Apostel empfangen? Können denn die Herren der Fortschrittspartei, die den Maigesetze zugestimmt haben und auch dem heutigen Geiste zustimmen werden, ihr Programm „Trennung des Staates von der Kirche“ noch aufrecht erhalten? Sie wollen die Verfassungssatzel einfach streichen und dafür den Satz an die Stelle setzen: Die Rechtsordnung der evangelischen und katholischen Kirche, sowie der anderen Religions-Gesellschaften im Staate, regelt sich nach den Gesetzen des Staates. Was soll das heißen? Wollen Sie etwas Neues ausspielen, dann sagen Sie einfach: „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche ordnet und verwaltet keine ihrer Angelegenheiten selbst, sondern hat sie nach den Staatsgesetzen zu regeln.“

Sprechen Sie diesen Satz nicht klar aus, so liegt die Gefahr der Octroyierung nahe, da nach Rönne eine Octroyierung nur da ausgeschlossen ist, wo die Verfassung ausdrücklich den Weg der Gesetzgebung vorschreibt. Wir haben uns bei dem passiven Widerstande gegen die Maigesetze niemals auf die Verfassungswidrigkeit berufen, wie dies in den Motiven behauptet wird; wir haben die staatsrechtliche Gültigkeit derselben niemals bestritten; wir haben nur gesagt, die Gesetze gehörten gegen Gottes Gebot, wie wir es auffassen, sie greifen in das religiöse Gebiet ein. Diese Meinungtheilte auch Professor Geffen; er sagt, der Fehler der Maigesetze sei, daß sie Staat und Kirche vermischen; die Frage, ob ein Geistlicher, der vom Bischof disziplinarisch bestraft ist, noch Amtshandlungen vornehmen kann, also eine rein dogmatische Frage, solle nach den Maigesetzen vom Staate entschieden werden; ein solcher Eingriff des Staates in das rein kirchliche Gebiet vernichte alle Selbstständigkeit

der Kirche. Für die römisch-katholische Kirche sei die Verbindung mit dem Papste der Grund- und Schlussstein. Aber der kirchenseitliche Liberalismus sei in der katholischen Kirche nur den politischen Gegner, an den Wagen des Culturmaches gespannt, verlängert er alle seine Gründäste. Einem solchen Zeugnisse gegenüber werden Sie doch wohl zugreifen müssen, daß es möglich ist, bona, ja optima fide zu behaupten, daß das, was geschiehen in unsere dogmatische Überzeugung eingegriffen hat. Noch kürzlich hat ein Erlass des Oberpräsidenten von Hannover erklärt, es dürfe nach den Maigesetzen nicht gebuhlt werden, daß in einer gesperrten Pfarrgemeinde ein fremder Pfarrer die Sterbesacramente austheile.

Die Staatsregierung muß sich jedenfalls die eventuellen Folgen ihrer Schritte vergegenwärtigen: gouverneur c'est prévoir; es wird ihr nicht eine prophezeische Gabe zugemessen; aber sie muß aus dem Geschehenen die voraussichtlichen Folgen vorherschen. Daß die Folgen nicht freudlich, sondern nur bedeutsam sein können, ist mir niemals so klar gewesen, als da, wo vor wenigen Tagen der Abg. von Kardorff darauf hinwies, daß die ausländische Presse schon mit Schadenfreude auf die kirchlichen Wirren in Deutschland und auf die Perspektive einer künftigen Untreue der preußischen Katholiken hindeute. Eine solche Insinuation wird von den preußischen Katholiken mit tiefster Entrüstung zurückgewiesen; sie werden ihrer Pflicht gegen den Staat und den Landesherrn treuerlich eingedient sein, wie es der Kaiser in der letzten Thronrede an den deutschen Reichstag als seine Überzeugung ausgesprochen hat. Wir werden niemals die Sprache führen, wie in früherer Zeit, in den Zeiten des Conflicts auf der linken Seite geführt worden ist. (Heiterkeit). Wir werden niemals sagen: „Gewehr bei Fuß, so lange die Krone dieses Ministeriums behält.“ Aber die Vaterlandsliebe ist verschiedener Grade fähig (Bewegung) und möcht mit der Liebenswürdigkeit des Staates in gleichen Progressionen. Ich hoffe und vertraue, daß die Thatache, wie sie 1870 wirklich vorgelegen haben, bald wieder dem preußischen und deutschen Vaterlande zurückgeführt werden; auf dem Wege, den Sie jetzt beschritten haben, kommen Sie freilich nicht dahin. (Beifall im Centrum.)

Abg. Schmidt (Sagan): Ich habe mich bisher an kirchlichen Debatten nicht beteiligt, weil, wo kundtußreiche Männer reden, ein geringerer Mann nicht nötig hat, auch sein Licht leuchten zu lassen. Heute will ich mir aber die Genugtuung nicht versagen, zu konstatiren, daß ich entgegen der rechten Seite dieses Hauses geltenden Ansichten von Anfang an die Notwendigkeit des Schriftes, den wir heute thun wollen, stets betont habe. Ich habe stets den Art. 15 d. r. Verfassung und die in ihm der Kirche, namentlich der katholischen, gewährte freie Selbstbestimmung auf einem enormen Gebiet für einen großen Fehler gehalten. Die katholische Kirche mit ihrem ungeheuren Apparat des zünftigen Priestertums war für mich stets gleichbedeutend mit ewigem Kampfe gegen den Staat. Meine Überzeugung ist bei Gelegenheit der Änderung des Art. 15 im Jahre 1873 nicht zur Geltung gekommen, sie hat sich aber, wenn auch langsam, so doch sicher Bahn gebrochen, so daß die heutige Vorlage einer allseitigen Zustimmung begegnet, und auch ich habe dazu nur Ja und Amen zu sagen, mag der zweite Satz beibehalten werden oder nicht. Sie (zum Centrum) sagen nicht Ja und Amen, Sie verhindern den Untergang der ganzen sittlichen Welt. Sie haben ja bei allen kirchlichen Streitigkeiten so gehandelt, als mühten Sie die Leibwache des lieben Gottes sein, damit nicht die ganze sittliche Welt in Trümmer gehe und der liebe Gott zukehren könnte, wo er seine Amtber herbeikommt. (Heiterkeit). Sie wollen durchaus Ihre Hilfe dem lieben Gott anbieten, als ob der Allmächtige die Hilfe solcher Erdenvürmer und verschwindenden Atomie, wie wir alle sind, brauchte. Aber wenn auch die ganze katholische Kirche in Trümmer geht, die Welt wird darum nicht in Trümmer fallen, lassen Sie nur den lieben Gott dafür sorgen. Unsere Pflicht ist es, für eine gedeihliche Entwicklung des Staates zu sorgen, ohne den wir nicht leben können, und das werden wir mit Ihrer Erlaubnis und auch ohne dieselbe thun. Wenn Sie sich, um die Notwendigkeit Ihres furchtbaren kirchlichen Apparats zu beweisen, auf Christus berufen, so behaupte ich, daß Christus mit seinen Aussprüchen Ihnen nicht zur Seite steht; Christus bat für Alle, auch die Priester, die Schranken der rein geistlichen Amtsbetzung gezeigt und gesagt: Gott ist ein Geist und die ihm anbetnen, sollen ihn im Geist und in der Wahrheit anbetnen. „Wo ihrer zwei vereint sind in meinem Namen, so bin ich mitten unter Ihnen“: hält man damit Ihre maslosen Ansprüchen zusammen, so steht fest, daß Sie um mindestens 400 Prozent christlicher sind, als Christus selbst. Wir unterscheiden sehr genau zwischen dem zünftigen und dem berufsmäßigen Priester. Den letzteren wollen wir beibehalten, wie er sich als Helfer zu Gott im menschlichen Leben herausgebildet hat, deshalb haben wir auch den Herren im Etat Zulagen bewilligt, damit sie ihren Pflichten sorgenfrei genügen können; wohl aber möchten wir den zünftigen Priester ganz beseitigen; wenn wir ihn Ihnen konzedieren, weil er Ihnen ans Herz gewachsen ist, so thun wir es, soweit er uns nicht genügt und den Staatsgesetzen, denen wir alle gehorchen, sich fügt. Sie sagen: Die Kirche ist älter als der Staat und muß von ihm respektirt werden. Ich habe nicht gehört, daß der Jüngere dem Älteren absolut gehorchen muß, oder der Jüngere dem Älteren nicht befehlen darf. Wenn der Abg. Reichensperger es als eine Naturnothwendigkeit erklärt hat, daß die Kirche die Übermacht über den Staat habe, so antworte ich, für uns ist der Staat eher da und älter, als die Kirche, aus dem einfachen Grunde, weil das Hemd uns näher ist als der Rock. (Große Heiterkeit.) Der Staat ist uns die erste Lebensbedingung, wir müssen erst körperlich gedeihen, dann kann erst von dem geistlichen Leben die Rede sein. Sie sprächen besser nicht von dem Alter der Kirche, denn gerade dieses Alter weckt in dem conservativen Manne sehr unliebsame Betrachtungen. Wenn Sie als echte Deutsche bis zum ersten Anfang zurückgehen, so finden Sie, daß von den beiden ersten Menschen, welche zusammen Kirche hielten und opferen, der Eine den Andern tödlichlug. Die Kirche, welche so vermeissen war, zu glauben, daß nur ihre eigenartigen Opfer Gott wohlgefällig sein könnten, hat, wo sie es gelogen hat, die Rechte verbrannt oder sonst auf irgend eine Weise vom Leben zum Tode befördert, und wo sie es nicht konnte, hat sie nach besten Kräften verlebt, verdammt, verflucht u. s. w. Eine Kirche, die so furchtbare Verfolgungen und Religionskriege heraufbeschworen hat und noch fortwährend Unfriede setzt und närrt, kann unmöglich ein conservatives Institut sein. Die Kirche soll die älteste göttliche Institution sein, aber eine noch viel ältere ist der Mensch (Heiterkeit), so von Gott geschaffen, da keiner dem andern gleichföhlt, gleich glaubt. Daß es auf Gottes Welt nicht zwei gibt, welche vollständig gleich glauben, ist sein Wille, er will, daß der Mensch die Offenbarung in sich ausbilde.

Wenn ich diese Ausbildung der individuellen Religiosität für Gottes Willen und Absicht erkläre, so rede ich nicht zu Gunsten des Naturalismus, denn selbst der Apostel sagt: Wir sehen nur durch einen Spiegel im Dunkeln, dann aber von Angesicht zu Angesicht. Die wahre Wahrheit weiß hier kein Mensch, auch nicht der unfehlbare Papst. Sie und Ihre Priester verdammen jede freie Regelung, Sie sind jeder Ausbildung der individuellen Religion feind, Sie verdammen und verfluchen diejenigen, die sich es beibehalten lassen, das, was der Priester ihnen sagt und bestellt, anzutasten. Mögen Sie zusehen, daß Sie nicht erfunden werden als diejenigen, die gegen Gott und seinen klaren Willen verstoßen. Die Abg. Windhorst und Reichensperger sagen: unsere Religiosität besteht darin, daß wir freiwillig und blindlings uns dem Priester unterwerfen; wer das nicht will, kann aus der Kirche austreten; sie sagen, daß gehört zu unserm Glauben. Wir concediren Ihnen das sehr gern; wenn es Ihnen besonders Vergnügen macht, dem Priester die Hand zu klatschen, meinewegen; der Geschmac ist sehr verschieden, aber wird der Priester schlechter, verliert er etwas von seiner Weise, wenn er den Gesetzen gehorcht, wenn er durchschnüllt die Bildung seiner Beichtkinder und seine Anstellung dem Oberpräsidenten angezeigt wird, oder wird er dadurch besser, daß er sich gegen die Staatsgesetze auslehnt? Wenn wir Ihnen zugeben, daß der Glaube sich auf etwas rein Neuerliches bezieht, so sind Sie und wir verloren (Gelächter im Centrum), denn dann kann jeder kommen; wenn die Kommunisten kommen, werden Ihre Priester mit dem Kreuzifix diese Schurken nicht aufhalten, sondern die ersten Opfer sein.

Der Abg. Reichensperger hat betont, daß das Gewissen nur in Bezug auf die Person und von ihr heraus betrachtet werden kann. Ich muß bedauern, wir können uns nicht auf eine Prüfung der einzelnen Gewissen einlassen, denn das ist ein sehr veränderliches Ding. Der Graf zur Lippe hat, wie er vor einigen Tagen im Herrenhause gezeigt hat, jetzt ein strammes

Gewissen und ungeheuerl. Respect vor fremden Gewissen bekommen; als er noch Minister war, hat er es leicht über sein Gewissen gebracht, diejenigen, die seine Maßnahmen nicht mit ihrem Gewissen vereinbar hielten, einfach abzusehen und wegzuzeigen. Wir finden gegen Sie mit der äußersten Schönung vorgegangen, denn, was Sie in den Maigesetzen Gewalt und Unterdrückung nennen, ist weiter nichts, als gerechte Vertheilung von Lust und Licht. Sie wollten eine solche nicht, die Folge ist das heutige Gesetz, Sie haben es nicht anders haben wollen, wer nicht hören will, muß fühlen (Heiterkeit), lassen Sie sich das gesagt sein. Wir haben den politischen Idealismus über Bord geworfen, wir haben auf dem Gebiete des Unterrichts die Tafeln der geistlichen Schul-Inspektion abgeworfen, wir können und werden nicht vor dem religiösen Gebiete stehn, aus dem der Mensch seine besten Kräfte saugt, wir werden uns durch Sie nicht aufhalten lassen. So wie ich denken und sprechen die Hunderttausend und Millionen, denen es genügt, frei arbeiten und frei zu Gott beten zu können, rad das können wir, können Sie unter dem Schutz der Gesetze, die für Alle gegeben sind, wir können es unter dem Schutz eines Staatsoberhauptes, das seinen Stolz und Ruhm darein gesetzt hat, der erste Diener des Staates und der erste Pfeiler der Gesetze des Staates zu sein. M. h! Sie haben kein größeres Recht!

Abg. Brügel: Obgleich die kirchenpolitischen Gesetze seit dem Schulaufsichtsgesetz in erster Linie gegen die katholische Kirche gerichtet waren, so wird durch sie doch auch die evangelische Kirche in Mitleidenschaft gezogen. Denn jene Gesetze enthalten sowohl nach katholischer, als nach evangelischer Überzeugung schwere Eingriffe in das Gebiet der katholischen Kirche. Der Staat sollte doch endlich einmal auf solchem Wege stehen bleiben und nicht mit Maßregeln immer weiter vorgehen, die endlich mit einem Verbot der katholischen Kirche in Preußen endigen werden. Sehr wahr! im Centrum. Um in dem gegenwärtigen Kampfe nur zum Siege zu gelangen, will sich die Regierung jetzt von allen Verfassungsbeschränkungen frei machen. In den Motiven der Vorlage und neulich im Herrenhause sind gar schöne Worte gefallen, daß gegen die evangelische Kirche nichts gethan werden solle, aber mit schönen Worten ist nichts gethan; die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung kann auch der evangelischen Kirche einmal gefährlich werden und darum enthält die Vorlage eine Befreiung auch des evangelischen Volkes. Fürst Bismarck hat im Herrenhause gegen die konterrevolutionäre Partei den Vorwurf erhoben, sie ordne das Evangelium der Politik unter. Liegt etwa in dem Vorgehen der Regierung die richtige Überordnung des Evangeliums über die Politik? Als vor zwei Jahren Art. 15 der Verfassung abgeändert wurde, wurde derselbe in der neuen Fassung von der linken Seite des Hauses, insbesondere dem Abg. Greif, lebhaft vertheidigt. Letzterer äußerte, er enthalte die zehn Gebote des nationalen Rechts. Nach der geistigen Auffassung der Christen und Juden enthalten die zehn Gebote die Grundlage des Glaubens. Sie zeigen jetzt, indem Sie den Art. 15 streichen wollen, welchen Wert Sie den zehn Geboten beilegen. Uebrigens steht es auch mit anderen Artikeln der Verfassung schon bedenklich aus, insbesondere mit denjenigen, die auf den Unterricht Bezug haben, mit Art. 22 und 24. Diese sind schon dem Aas zu vergleichen, denn die Raben fliegen bereits darum und hauen an ihnen. (Heiterkeit)

Der Cultusminister sagte neulich, der Staat hätte das Recht, die Grenzen des Staates u. der Kirche nach seinem Belieben festzulegen. Ich und meine Freunde sind über dieses Wort erschrocken, und, wie es scheint, der Cultusminister selbst, denn er machte den Zusatz: „und nach seinem gerechten Ermessens.“ In den gedruckten Sitzungsprotokollen sind die Worte „nach seinem Belieben“ ganz fortgelassen. Meines Erachtens kann der Staat jene Grenzen einseitig immer nur für das staatliche Gebiet ziehen. Die Vorlage wird den bestehenden Conflict nicht beseitigen, denn der Staat erlaubt sich Eingriffe in ein Gebiet, das ihm nach der ewigen Ordnung der Natur und nach den Geboten Gottes für immer verschlossen ist. (Beifall im Centrum; lachen links.)

Abg. Richter (Sangerhausen): Die Behauptung des Vorredners, daß die Vorlage eine Befreiung des evangelischen Volkes enthalte, weil ich entschieden zurück und constante mit Befriedigung, daß von keiner Seite die Notwendigkeit der Vorlage angezeigt werden ist. Die Erkenntnis dringt eben durch, daß wir uns seit Jahren in einem schweren Kampfe befinden und über die einzuschlagenden Schritte klar geworden sind. Als Artikel 15 in den Jahren 1848 und 1849 zuerst im öffentlichen Leben diskutirt wurde, hatten wir allerdings gemeint, der Kirche volle Selbstständigkeit geben zu müssen, indem wir erwarteten, sie und ihre Organe würden das Maß sittlicher Besonnenheit haben, ihre Selbstständigkeit nicht zu mißbrauchen, es nie zu einem Conflit mit dem Staate kommen zu lassen. In dieser Erwartung sind wir aber getäuscht worden. Die letzten 25 Jahre haben uns den Beweis geliefert, daß die katholische Kirche ihre Freiheit in einer Weise missbraucht hat, daß der confessionelle Frieden mit dieser Freiheit nicht mehr bestehen kann. Diese

lang die sämtlichen katholischen Bischöfe in Preußen abgesetzt sind, wir an die Kräfte herantreten, ob die Vereinbarung von 1821 noch fortbestehen soll, nach welcher die Neuwahl durch die Kapitel erfolgt, oder ob es nicht angezeigt wäre, ein Gesetz über die Wahl der Bischöfe zu erlassen; ferner ob die Dotationsen der Bischöfe, welche die Dotations eines Ministers weit übersteigen, nicht auf einen den wirklichen Verhältnissen entsprechendes Maß reduziert werden sollen. Ob wir zu solchen Gesetzen schreiten werden, hängt ganz von Ihnen ab; auf jeden Schritt, den Sie thun, wird ein Schritt unsererseits folgen, um den Gefechten in Preußen die nötige Achtung zu verschaffen.

Der evangelischen Kirche wird mit Annahme der Vorlage ihre Selbstständigkeit nicht genommen, wie der Herr Vorredner behauptet hat. Er gerade und seine Freunde in Hannover haben die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche gerade so gemischaucht, wie die katholischen Bischöfe die der katholischen Kirche. Mit Art. 15 werden alle Welsenfreunde zusammengehalten, um fortwährend zu agitieren und wenn die Freunde des Vorredners die Macht hätten, so würden sie in Hannover einen ebensozialen Conflict zu Stande bringen, wie Bilmar und Genossen in Hessen. In Preußen haben die Kirchenbehörden nach Erlass des Artikel 15 sich vom Staate vollständig emanzipiert und so verwaltet, daß alle Welt aufnahmte, als diese Verwaltung von oben herab in die gehörigen Schranken gewiesen wurde. Durch diese Staatsgezegebung wird jetzt Gewissen und Freiheit besser geschützt, als durch alle Kirchen zusammengenommen. Nur wünschte ich von der Regierung die Erklärung, daß sie in Betriff der evangelischen Kirche auf dem seit dem Amtsantritt des jetzigen Cultusministers eingeschlagenen Wege weiterstreite, daß die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche gewahrt werde und für die staatliche Gezegebung auf kirchlichem Gebiete der Art. 12 der Verfassung als Scharfe bestehen bleibt. Ich sehe dies Alles vorans und in diesem Sinne werde ich die Vorlage annehmen. (Beifall.)

Während dieser Rede ist Fürst Bismarck eingetreten.

Fürst Bismarck: Die königliche Regierung ist ungern daran gegangen, Ihnen eine Veränderung der Verfassung vorzuschlagen; denn auch sietheilt mit Ihnen die Ansicht, daß das Staatsgrundgesetz sich einer größeren Stabilität erfreuen sollte, wie die Gesamtheit der übrigen Gesetze; aber sie hat sich auch sagen müssen, daß es unabänderlich nicht sein soll; denn die Art, wie die Verfassung geändert werden soll, ist in ihr selbst bestimmt, und je gewichtiger und entscheidender jeder Artikel der Verfassung für unsere Gezegebung, für unser Volks- und Staatsleben wird, um so nothwendiger ist es an dem Tage, wo die Bedingungen, welche ihm als Gründungsrecht und als Grundlage dienen, sich geändert haben, auch eine Modifizierung der Verfassung eintreten zu lassen, eine solche, die sich den wirklichen Veränderungen in unserem Volksleben anpaßt. Ist nun eine solche Veränderung in diesem Falle eingetreten? Ich glaube, daß darüber in Bezug auf die Artikel, um die es sich handelt, Artikel 15, 16 und 18, wohl bei Niemandem von uns ein Zweifel sein wird, daß wenn die Zustände im Jahre 1851 die jetzigen gewesen wären, dann diese Verfassungsartikel nicht zu Stande gekommen wären. Wenn das Vaticanum, wenn die Herstellung einer auf die Confession begründeten und durch die Confession begrenzten politischen Partei damals mit denselben Erfolgen wie jetzt stattgefunden hätte, so glaube ich nicht, daß die damaligen, schwach katholischen Regungen — ich erinnere Sie an die Namen Osterath, Otto und Schafrau — es vermögen hätten, weder bei der Regierung noch bei der damaligen, in unaufgelisteten Wohlwollen diese kirchlichen Fragen behandelnden liberalen Partei mit diesen Verfassungsbestimmungen Eingang zu finden. Die Zeit hat uns belehrt.

Wir konnten damals allenfalls glauben, nicht unfern katholischen Mitgliedern damit Rechte zu geben, ich wenigstens habe das damals nicht geglaubt, denn sobald wußte ich, daß die in der katholischen Kirche überhaupt nicht mitzureden hätten — wohl aber konnten wir glauben, daß wir der Corporation, die aus der Gesamtheit der deutschen katholischen Geistlichen bestand; an ihrer Spitze das Episcopat Rechte verliehen, bei deren Ausnutzung sie doch in dem Gefühl, Deutsche, Preußen zu sein, die Pflichten, die sie gegen den Staat, die sie dem Könige zu leisten haben, nicht vollständig außer Auge verlieren würden. Diese Bürgschaft schwand durch das Vaticanum, durch die große Umwälzung in der Verfassung der katholischen Kirche. (Murren im Centrum.) Ja, durch Ihr Murren werden Sie die Wahrheit nicht tot machen, sie bleibt doch wahr, auch wenn Sie fortmurren. Ihr Murren wird ja registriert werden, Sie können mich ja später widerlegen und belehren und mir beweisen, daß unsere Bischöfe nach dem Vaticanum sich derselben Selbstständigkeit erfreuen, wie ursprünglich, in den alten Zeiten, wo die Bischöfe ihrem Kaiser gegen den Feind ins Feld folgten. Sie können es mir ja beweisen, ich werde mich freuen, wenn es Ihnen gelingt, mich davon zu überzeugen. Also seit dieser Umwälzung, welche das Episcopat und die katholische Kirche in eine absolute Herrschaft des Papstes verwandelt hat, würde dieser Artikel der Verfassung: „die katholische Kirche ordnet ihre Angelegenheiten selbstständig“, nichts anderes bedeuten, als: die Angelegenheiten der katholischen Kirche werden durch den Papst geordnet. Durch die Auslegung, die der Papst dieser Verfassungsbestimmung giebt, greift die päpstliche Gewalt sogar weit über die kirchlichen Angelegenheiten hinaus und in das Leben des Staates ein. Der Papst sagt zwar nicht: l'état c'est moi, dazu ist er zu klug, aber er handelt so; er behält sich vor, diese Grenze der kirchlichen Angelegenheiten selbst zu ziehen und zu bestimmen, ohne daß der Staat darüber etwas mitzureden hätte, kurz und gut, der König kann vom Staat, von den Angelegenheiten des Staates etwa behalten, was ihm allenfalls übrig bleibt, nachdem sich der Papst sein Theil aus den weltlichen Rechten ausgezogen hat.

Unter diesem Regime hat sich nun unter der Leitung der katholischen Abteilung im Ministerium, die gewissermaßen das Staatsministerium des Papstes in Preußen war (Heiterkeit), — sie sollte ursprünglich ein Collegium zur Wahrung der Rechte der katholischen Untertanen des Königs sein, es dauerte aber wenige Jahre, so war sie eine päpstliche Legatur im Innern unseres Unterrichts- und Cultusministeriums, die die Rechte des Papstes dem Könige gegenüber verfocht — es bildete sich also unter diesem Regime der Staat im Staat, der vertreten wurde durch dieses Ministerium, durch diese Legatur des Papstes, und an der Spitze dieses Staates im Staat, der sich in Preußen auf Grund dieses Verfassungsartikels gebildet hat, steht nun ein Papst mit absolutem, autokratistischem Rechte, der durch das Vaticanum — ich mache eine Pause, meine Herren, — (Große Heiterkeit, aber das Centrum murte diesmal nicht), die bischöfliche Gewalt absorbiert und sich autokratisch an deren Stelle gesetzt hat. Eben dieser Monarch findet sich bei uns an der Spitze einer geschlossenen Partei, die nach seinem Befehl, welcher durch die von ihm abhängigen und anders, wie der Papst, nicht zu denken berechtigten Priestern kundgegeben wird, wählt und abstimmst. Sie werden mir vielleicht auch das wieder bestreiten, daß Sie nach diesem Befehl abstimmten, es wäre mir angenehm, wenn Sie das thäten, es dann wäre doch Gelegenheit gegeben, der misera contribuens plebs, von deren Rechten Sie hier immer sprechen, klar zu machen, daß Sie nicht nach dem päpstlichen Willen hier abstimmen. Der Papst hat ferner in Preußen seine offiziöse Presse, besser bedient, wie die der Regierung, wohlführer, dem Publizist zugänglicher, er hat in dieser offiziösen Presse die Möglichkeit, seine Befehle und Erlasse mit amtlicher Glaubwürdigkeit zu verkünden, die Gesetze unseres Staates für null und nichtig zu erklären; er hat außerdem auf unserem Grunde und Boden ein Heer von Geistlichen, er hat uns mit einem Netz von Congregationen überwonnen, deren Einfluss sehr wirksam ist, kurz es gibt kaum, seitdem wir ein Verfassungsstaat sind, Jemanden, der in Preußen persönlich und autokratisch so mächtig wäre wie dieser hohe italienische Prälat, umgeben von seinen Räthen, dem italienischen Clerus.

So mächtig wie der Papst ist kaum eine einzelne andere Persönlichkeit in unserem preußischen Verfassungsstaate. Eine solche Stellung, mit so viel Machtmitteln umgeben, wäre an sich eine sehr gefährliche und für den Bestand des Staates kaum erträgliche, wenn sie einem Inländer verliehen und garantirt wäre und zwar einem solchen Inländer, der die selben Zielle erstrebte wie der Staat, aber vielleicht mit anderen Mitteln — wir wissen ja, daß wir vielleicht dieselben Zielle erstrebten, und unsere Kämpfe über die Mittel zu diesen Zielen sind doch oft heftiger Natur — selbst dann also wäre eine so mächtige Stellung eine gefährliche; hier aber steht sie einem Ausländer zu, gewählt von der italienischen oder mehr als der Hälfte der italienischen Prälatur mit ausländischen Zweden, die mit dem deutschen Reiche und mit dem Königreich Preußen sehr wenig zu thun haben, noch höchstens so viel wie nach den Worten des Dichters „der Tropfen am Eimer gegen den Ozean“, was ich auf unsere arme märkische Sandscholle beziehe. Auf diesem Grund und Boden steht ein so mächtiger Monarch mit einem Programm, welches dem des Staates schurksträss entgegenwirkt, einem Programm, welches öffentlich verkündet worden ist, in den feierlichen, amtlichen Formen, die für solche Verfassungen vorhanden sind, und welches als eine Aufforderung des Papstes, Jeden, der katholisch bleibet will, verpflichtet, es zu einem Glaubensartikel zu machen. Dies Programm würde, was bei einem politischen Programm niemals der Fall sein kann, dem Papste, wenn er zur Herrschaft gelange, die Macht in die Hand geben, mit den Rechten der Preußen vollständig aufzuräumen; sie sind ja nach diesem Programm gar nicht existenzberechtigt. Constitutionelle Einrichtungen, die Freiheit, deren die offizielle Presse des Centrums sich so eifrig bedient, sind ja an und für sich durch die päpstlichen dogmatischen Decrete missbilligt. Aber dabei würde es nicht bleiben.

Wir, die Majorität der Preußen, von denen Sie Duldung und Gerechtig-

keit beanspruchen, welche sie bis zu dem Punkte geübt hat, daß sie in diesem Artikel eine solche Sonderkonstitution für einen derartigen Staat im Staate errichtet, wir müßten entweder schnell das Opfer des Interests machen, den Glauben unserer Väter abzuschwören und alle katholisch werden, oder unser Vermögen würde konfisziert, wie es den Refern gegenüber billig ist. (Murren und Widerspruch im Centrum.) Ja, meine Herren, davon wollen wir doch sehr Act nehmen, das Considieren des Vermögens ist eine sehr wirkliche Maßregel und der Papst würde keinen Augenblick anstreben, sie in Anwendung zu bringen. Da man würde schließlich zwar nicht sofort daran gehen, aber doch das Ziel erstreben unserer Verfolgung durch Feuer und Schwert. (Beifall links. Unruhe.) Einem so mächtigen fremden Monarchen können wir diese allem Preußen nothwendig staatsfeindliche Privilegien nicht belassen, für die er in dem großen Gebiet, das er bei uns beherrscht, zwar der Aufsicht des Staates unterworfen ist, die ihm aber eine völlige Ausnahmestellung von der eigentlichen Wirkung der Gesetze gewährt. Es ist da eine Einschränkung dieser übermächtigen Gewalt absolut nothwendig. Daß diese Einschränkung nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Duldung geschieht, die unseren Volkstamm und unsere Dynastie seit Jahrhunderten charakterisiert haben, dafür birgt uns eben die Vergangenheit Deutschlands und Preußens, dasburgt uns der Stand der Bildung und der Gerechtigkeitssinn, der durch öffentliche Institutionen gewahrt und gepflegt wird. Und auf diesen selben Sinn für Gerechtigkeit und für Pflege jeder Unabhängigkeit, die mit der Existenz des Staates verträglich ist, bitte ich auch den Vorredner zu rechnen, wenn er vorhin seine Sorge bezüglich der evangelischen Kirche nach dieser Richtung fand gab; ich darf annehmen, daß der Cultusminister darauf noch ausführlicher antworten wird.

Diese Einschränkung, die Abschaffung dieser Verfassungsartikel und vielleicht mancher Gesetze, die damit in Zusammenhang sind, ist durchaus nothwendig; wenigstens solche Gesetze, die den ursprünglichen Vertheidigungszustand des Staates, sich gegen Sonderbefreiungen zu schützen, absolut gemacht und außer Kraft gesetzt haben, wenigstens die werden fallen müssen. Wir, die Regierung, können den Frieden nicht suchen, ehe unsere Gezegebung von den Feindseligkeiten gereinigt ist, durch die sie seit 1840 in einem über angebrachten Vertrauen auf Billigkeitsgefühl von der anderen Seite und auf den Patriotismus derjenigen, die mit der Ausführung bestritten würden, stellweise unwirksam gemacht worden ist. Mit diesem Vertrauen, welches die meiste ethische als praktische Natur des hochseligen Königs charakterisierte, wurde im Jahre 1840 die Aufhebung des Place, sowie mehrere andere Bestimmungen und Institutionen gegeben, wobei gewisse Hoffnungen vorwalten, die sich nie erfüllt haben. Hierzu gehörte auch die Schöpfung des Oberkirchenrats — ich verwechsle es immer, ich wollte sagen, der katholischen Abteilung im Ministerium. (Heiterkeit.)

Dieses Vertrauen hat die Festigkeit, mit der die alten landreichen Bestimmungen und die Vorsicht unserer Vorfahren den Staat versehen haben, in manchen Beziehungen gelockert, es hat gewissermaßen Bresche in die für den allgemeinen Frieden nothwendige Fertigkeit des Staates gelegt, diese Bresche muß überbrückt werden, muß ausgefüllt werden. Sobald das geschehen ist, werde ich kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden selbst mit dem Centrum, namentlich aber mit dem sehr viel mächtigeren gesuchten römischen Stuhle zu suchen (Heiterkeit), und ich hoffe ihn dann auch mit Gottes Hilfe zu finden, und werde, so weit mir zu leben gegeben ist, dazu beitragen, den Kampf, den ich eine Weile aggressiv zu führen genehmigt war, demnächst defensiv, aber in gesicherten Verhältnissen fortzuführen und die Aktion mehr der Schulbildung als der Politik zu überlassen. (Lebhafter Beifall.) Auf diesem Wege, nachdem die Gezegebung gebahnt und der Staat in seine Autorität wieder eingestellt ist, hoffe ich mit Gottes Hilfe diesen Frieden zu finden, denselben Frieden, unter dem unsere Väter Jahrhunderte lang in einem starken Staaate und geschützt gerade durch einen starken Staat und die evangelische Dynastie einträchtig mit einander gelebt haben. (Lebhafter Beifall.)

Cultusminister Dr. Hall: Der Satz des Herrn Ministerpräsidenten, daß die Staatsregierung erst nach ernster Erwagung zu einer Vorlage geschritten ist, welche Verfassungsänderungen fordert, ja gewiß durch den Gang der Verhandlungen über Artikel 15 und 18 in den letzten Jahren am besten bewahrheitet. Anfangs ging sie davon aus, daß sie die durch Spezialgesetze zu erreichen Zwecke ohne eine Verfassungsänderung, oder doch möglich ehrw. ohne eine solche erreichen könnte und in Achtung der Verfassungsurkunde hat sie diesen Weg betreten. Die Staatsregierung hat sich sodann einverstanden erklärt mit der Änderung der erwähnten Artikel, welche auch vom Hause angenommen wurde, obwohl von gegenwärtiger Seite der Satz ausgeprochen wurde, daß die Maigeseze auch nach geänderten Verfassung mit dieser nicht vereinbar seien. Ich hielt dies damals mehr für ein Moment der Tatkraft, als etwas anderes und bin leider darin getäuscht worden. Das dürfte doch vollständig beweisen, daß es nicht leicht für die Staatsregierung geworden ist, diese Vorlage zu machen. Aber der Ernst des Augenblicks zwang dazu. Gegenüber den Emanationen von der anderen Seite ist es ein entschiedenes Bedürfnis des Staates, den eigenen Standpunkt mit ganzer Energie und Festigkeit klarzustellen und dies geschieht nach Ansicht der Staatsregierung am allerbesten und autoreffektiv durch die Vorlage, welche ausspricht: die Grenzen zwischen eurem und unserm Gebiete regelt das Gesetz und die Bewegung, die ihr im Rechtsleben des Staates habt, bestimmt das Gesetz und nichts Anderes! Aber auch praktische Gründe dazu liegen doch auch vor, die Gründe, das Verhalten der Mitglieder des Centrums, das Verhalten derjenigen Presse, welche in ihren Anschauungen mit den Ausschreibungen des Centrums übereinstimmt, darauf hinausläuft, die Gesetze als verfassungswidrig zu bezeichnen und eine Beurteilung in das Land hineinzutragen.

Es gibt ja noch eine Masse anderer Agitationsmittel, die Stimmung im Lande gegen die Gezegebung zu erregen, gegen welche wir nicht entscheidende Schritte thun können; aber dies entbindet uns nicht von der Pflicht da, wo wir die Möglichkeit dazu haben, die Wurzeln solcher Agitation und Aufregung abzugraben. Denn es ist nicht so leicht zu taxiren, wenn die Herren des Centrums trotz aller neuen Gesetze immer wieder die Behauptung aufstellen, die Verfassung sei unter allen Umständen verletzt. Wir sind ja immer überzeugt gewesen, daß, wenn die Herren vom Centrum ihre Reden halten, sie nicht darauf gemünzt sind, um die Überzeugung des Hauses oder der Staatsregierung zu Falle zu bringen, sondern lediglich, um gelesen zu werden. (Sehr wahr!) Denkt man dabei an das kirchliche Gebiet, auf welchem diese Agitation sich bewegt, an die Empfänglichkeit des deutschen Volkes für alle diese Fragen und an die Ungültigkeitsklärung der Gesetze durch den Papst, so wird man der Staatsregierung Recht geben, wenn sie diesen Punkt heut zu Tage recht ernst nimmt. Die Encyclica soll jetzt ganz etwas Unschuldiges sein und wir werden mit philologischer Interpretation derselben vielsach beglückt. Gestern hatte ich das Vergnügen zu hören, daß die Bedeutung des Wortes „irritus“ am besten kennen lerne in der Composition mit ovum: irrita ova, Windelei (Heiterkeit). Dieser heiteren Interpretation ist heute die erstaunliche des Herrn Reichensperger gefolgt: irritus bezieh. „die relative Unwirksamkeit nach einer bestimmten Richtung“ (Heiterkeit). Ich glaube, die Überzeugung des „Westfälischen Merkur“, der „Germania“ etc., welche dahin geht: diese Gesetze sind ungültig, ist richtig. Das Wort „ungültig“ wirkt und überzeugt mehr als eine „relative“ Unwirksamkeit nach einer bestimmten Richtung hin.“ (Heiterkeit.)

Aber die Motive sprechen auch mit vollem Bewußtsein davon, daß die Gezegebung in dieser ersten Zeit freie Bahnen gebraucht, daß dem Staat nicht zugemutet werden kann, daß er durch seine eigene Gezegebung sich die Hände zusammenbindet; und eine solche Verführung liegt in dem Art. 15. Nicht also theoretische, sondern unmittelbar praktisch wirkende Gründe sind es gewesen, welche die Staatsregierung zu dem Entschluß geführt haben, Ihnen diese Vorlage zu machen. Herr v. Gerlach, der sich unter den Gegnern der Vorlage befindet, hat 1849 in einem Auschusserbericht gesagt: „Selten werden wohl in wenigen Zeilen zweier kurzen Artikel so folgenschwere Grundsätze anerkannt, wie es durch die Artikel 11 und 12 — das sind die jetzigen Artikel 12 und 15 — der Verfassungsurkunde geschehen ist, Zusicherungen und Zugeständnisse, wie sie in diesen Artikeln gegeben sind, gehören zu den Ereignissen, welche einmal geschehen, kaum rückgängig gemacht werden können.“ Herr v. Gerlach beantragte damals, an Stelle jener Artikel zu setzen: „Das Verhältnis der christlichen Kirchen und der übrigen Religions-Gesellschaften im Staat zu ordnen bleibt besonderen Gesetzen vorbehalten.“ Ich wunderte mich deshalb, daß Herr v. Gerlach zu den Gegnern der Vorlage gehört. Gegenüber dem Abg. Brül, welcher die Beijuris ausprach, es könnte nach Streichung der Artikel 15, 16 und 18 der evangelischen Kirche ihre Selbstständigkeit genommen werden, bemerkte ich, daß die Notwendigkeit des Zusammenwirkens dreier Factoren bei der Gezegebung seiner Sorge gegenüber doch genügend Garantie bietet. Eine grundsätzliche Regelung verlangt aber, die betreffenden Artikel nicht bloß, sonst wie sie die katholische Kirche angehen, sondern für alle Religionsgesellschaften zu streichen. Mit Unrecht hat deshalb Herr Abg. Brül der Regierung den Vorwurf gemacht, sie beleidige die evangelische Kirche.

Lebhaft haben die Art. 15, 16 und 18 gerade der evangelischen Kirche bisher kaum etwas genützt. Dem Abg. Richter kann ich die Versicherung geben, daß bei der Gezegebung, welche bezüglich der evangelischen Kirche in Aussicht steht, in der That auf dem bisher eingeschlagenen allzeit gebilligten Wege weitergegangen werden wird. Dem Abg. Brül aber bemerkte ich noch,

dab es der Regierung kein besonderes Vergnügen macht, in den kirchlichen Dingen mehr zu herrschen und mehr zu befleben, als sie um des Staates willen muß. Was meinen vom Abg. Brül citirten Ausdruck betrifft, so sprach ich allerdings das Wort „Belieben“, ließ aber sofort folgen, was allein richtig war, „das gerechte Urtheil“.

Was das Amendement betrifft, den zweiten Satz des Artikels zu streichen, so möchte ich folgendes betonen. Der Sinn dieses Artikels ist einmal der, daß die Staatsregierung ein gewisses politisches Gewicht darauf legen zu müssen glaubt, daß klar und scharf die Bedeutung der Gezegebung dem Gegner gegenüber zum Ausdruck gebracht wird; sie hat aber sonst einen anderen Gedanken mit der Bedeutung dieses Artikels nicht verbunden. Die Hauptidee bleibt immer die, daß klar und deutlich ist, welcher Standpunkt von der Regierung gegenüber den Prätenzen der Gegenwart eingetragen wird, und ich kann mich damit trösten, daß dies auf das Bestimmteste durch die Streichung des Artikels allein ausgesprochen wird. Und wenn, wie die Interpretationen dieses zweiten Satzes durch die Herren Reichensperger und Brül beweisen, Zweifel über den Begriff der Rechtsordnung bestehen und Zweideutigkeiten, wenigstens in der Auffassung Anderer, über den Sinn dieses Satzes hervortreten, so hat der Abg. Brül gar nicht so Unrecht, wenn er dann sagt: es taucht dieser Satz nicht. Ich glaube unter diesen Umständen, daß die Staatsregierung für den Fall der Streichung dieses Satzes dem einen Widerspruch nicht entgegenstellen wird. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Nach den friedlichen Verhandlungen über die Provinzialordnung haben wir heute wieder den anregenden Culturkampf! Ich ich auf die Vorlage selbst eingehen, habe ich mit einigen der Vorredner abzurüsten und beginne gleich mit dem Ministerpräsidenten. Der Herr sprach am Schlusse seiner Rede vom Frieden machen, wenn das erreicht sein werde. Die Worte hört' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, und ich werde mich daher vorläufig noch im Kriegszustande beschäftigen und demgemäß antworten. Der Krieg ist nicht von uns, sondern von der Staatsregierung begonnen worden, und wenn der Ministerpräsident ihm der nach dem Vaticanum erfolgte Bildung einer confessionellen Partei zufreiebt, so ist das schon darum unrichtig, weil das Centrum keine confessionelle, sondern eine politische Partei ist. (Widerspruch links.) Er hat dann ferner von uns den Nachweis gefordert, daß nach dem Vaticanum die Bischöfe noch selbstständig seien, indem er darauf hinweist, daß der Papst jetzt recht eigentlich den Grundfaß des Etat c'est moi vertrete. Ich glaube, wer dem Entwicklungsgange des Ministerpräsidenten gefolgt ist, der weiß, daß kaum Jemand mehr von diesem Satze durchdrungen ist, als der Ministerpräsident selbst. (Zustimmung im Centrum). Ein paar Worte muß ich bei dieser Gelegenheit der katholischen Abteilung widmen, welche der Fürst Bismarck die Legaten des Papstes genannt hatte. Mir ist es unbedeutlich, wie er sie dann so lange, nachdem er bereits das Heft in Händen hatte, gebuldet hat — übrigens hatte sie nur ein consultatives Votum. Seit dem Vaticanum soll nun nach den Worten des Ministerpräsidenten die bischöfliche Gewalt absorbirt sein, und die Bischöfe wie wir, nur ihm, was der Papst will. Da möchte ich Sie doch daran erinnern, daß der Ministerpräsident im Jahre 1871 seinerseits gewollt hat, daß wir handelten, wie es der Papst wünschte, daß er sich deshalb damals nach Rom gewendet hat, um auf unsere Haltung einzutreten. (Hört, hört im Centrum.)

Natürlich wurde eine solche Zumuthung sowohl unsererseits als in Rom zurückgewiesen. Dann hat Fürst Bismarck mit einigen amerikanischen Worten der offiziösen Presse des Papstes gedacht, worunter er wohl die katholische Presse Deutschlands versteht. Ich begreife sehr wohl, weshalb sie ihm mit Neid erfüllt, denn sie ist freilich unendlich viel besser, als die seines. (Gelächter links.) Endlich hat es mich ungemein gereut, daß er wiederum die Ausrottung der Reiter als das Programm des Papstes hingestellt hat — wie ich schon darin einen Erfolg erkenne, daß er sich neuerdings, wenn er vom Papst spricht, des sonst so beliebten Zusatzes „seine Heiligkeit“ enthält — denn wenn er die Ausrottung der Reiter und ähnlichen Waffen aus dem Arsenal verboten muß, aus welchem sonst nur die Reptilienspreche oder etwa die „Gartenlaube“ ihre Munition entnahm, so ist das immer ein Erfolg! (Ruf links: Sehr matt!) Ja, Ihnen erscheint natürlich Alles matt, was ich gegen den Ministerpräsidenten sage. Die Rede des Abg. Richter erichien mir viel bedeutender als die des Ministerpräsidenten, aber er wird mir verzeihen, wenn ich mich nicht einlasse, mit ihm über die Verfassung unserer Kirche zu discutiren, da die Niemanden anders als nur uns selbst angeht. (Beifall im Centrum, Widerspruch links.) Wenn er uns ein Geleit über Bildwahlen in Aussicht stelle, so erwidere ich ihm: Machen Sie solcher Gesetze viel Sie wollen, wir werden uns nicht darum kümmern, und eben so wenig um die von Ihnen gewählten Bischöfe. (Beifall im Centrum.) Herr Schmidt (Sagan) endlich hat als einfacher Mann nach seinem gefundenen Menschenstande gesprochen: ich acht' beide Eigenschaften zu sehr, um mich weiter mit ihm zu beschäftigen. (Heiterkeit.) — Ich komme nun mehr zur Sache.

Die Culturkampfsgeschehnisse der diesjährigen Campagne haben die Wirkung gehabt

Im Interesse des konfessionellen Friedens möchte ich auch den Herrn v. Sobel bitten, seinen Einfluss auf den deutschen Verein dahin geltend zu machen, daß er etwas klarer mit seinen Pamphleten wird, die am Rhein doch nichts würt, wo die Bevölkerung sich mit Recht weigert, aus den unreinen Händen der Agenten des Vereins das Bild des Königs in Empfang zu nehmen. Aber die Parole ist heute der Kampf gegen Rom, und unter dieser Devise helfen Sie dem Ministerpräsidenten den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus zu ruinieren. Was das Resultat jenes Kampfes sein wird, will ich Ihnen an einer historischen Reminiszenz zeigen. Als Napoleon 1811 den Papst Pius VII. in Fontainebleau gefangen hielt, wendete er alle Mittel auf, um denselben zu bewegen, ihn in seinen Weltherrschaftsplänen zu unterstützen; allein der Papst widerstand. Napoleon wurde zornig und stieß die schärfersten Drohungen aus, wobei er, um ihnen mehr Nachdruck zu geben, mit dem vor dem Ofen liegenden Schreien Löher in die Damastmöbel des Zimmers brachte. Pius beschämte sich aber darauf, als Napoleon ausgeredet hatte, ihm das eine Wort anzurufen: Tragediant! Trauerpieler! Drei Jahre später war das Wort zur Wahrheit geworden. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat selbst die Befürchtung geäußert, die ich nicht teile, daß seine Rede von gewissen Seiten matt gefunden werden würde; man kann das vielleicht von manchen Punkten des Inhalts sagen, aber gewiß nicht von der Form des Vortrages, die mitunter sogar recht leidenschaftlich war. Den Eindruck der Mattigkeit des Vorredners hatte ich nur am Ende seiner Rede, als er die bekannte, von ihm historisch, von mir unhistorisch genannte Anekdote erzählte. Ich muß doch die Geschichte wieder in ihr Recht setzen. Die Sache lag so: Der Papst erlaubte sich Napoleon einen comediant zu nennen und Napoleon antwortete ihm mit vieler Geistesgegenwart: tragediant. (Sturmische Heiterkeit!) So ändert sich folche Anekdoten besonders in der Schule, in welcher der Vorredner in seiner Heimat seine Bildung genossen hat. Ich hätte nicht geglaubt, daß der Vorredner mit seinen eigenen Glaubenslehren in dem Maße unbefannt ist, daß er es mir als etwas Ungeheuerliches vorwirkt, indem er mir mit einer geschickten Wendung die Schuld an dem Culturlampe zuschob, der also nach seinem Zugeständnis für die Cultur und gegen die Uncultur gefahrt wird, daß er es mir als etwas Ungeheuerliches vorwirkt, von einem Papste zu behaupten, daß er es als seine Aufgabe betrachte, die Ausrottung der Kehler zu betreiben, daß ein Papst diesen ungeheuerlichen Satz, daß man den Kehlen eine politische Existenz nicht zu gewähren brauche, ausgesprochen hätte. Der Vorredner scheint nicht zu wissen, daß alle Päpste das als ein Dogma lehrten. Für den Vorredner giebt es keinen Syllabus und keine Encyclopaedia; er wird höchstens selbst Gefahr laufen, wenn es überhaupt noch eine Inquisition gäbe, als Ungläubiger vor deren Richter gezogen zu werden. Wenn man den Vorredner hört, sollte man glauben, es habe Syllabus, Inquisition, Dragonaden und Gegenreformationen in Wirklichkeit niemals gegeben.

Das Vorgehen, das ich schäbte, hat überall da Platz gegriffen, wo die päpstliche Herrschaft uneingeschränkt eintrat. Wenn der Vorredner sagt, ich hätte vor Zeiten ein katholisches Dogma mit Achtung und Respect behandelt; das ist auch jetzt noch der Fall, aber ich habe auch meine amtlichen Pflichten, und meine Achtung vor einem fremden Dogma kann mich niemals meine Pflichten gegen den Staat, den Schutz der Gezeuge und die Vertheidigung der Freiheiten des Landes, dessen erster Dienst ich bin, vergeben machen. Der Vorredner hat mir dann vorgehalten, weshalb ich mit der Aufhebung der katholischen Abtheilung, wenn ich sie als schädlich erkannt, nicht schneller vorgegangen bin. Ich bin nicht so rasch im Ausreisen und nicht einmal in der Überzeugung, daß etwas, was Wurzel gesetzt hat, verworfen sei; aber dennoch habe ich die Überzeugung, daß dies eine schädliche Institution sei, sehr lange vor der Aufhebung bekommen. Über nachdem ich mich überzeugt hatte, war ich immer noch nicht Cultusminister, also nicht in der Lage, Se. Majestät zu meiner Überzeugung zu bringen; ich mußte dazu erst einen Cultusminister gewinnen. (Bewegung im Centrum.) Erst nachdem ich diesen überzeugt oder, wenn sie wollen, gewonnen hatte, und mir Beweismittel über die Täglichkeit dieser Reptilienvielfalt verschafft hatte, konnte ich unter Weihilfe des Chefs des Cultusministeriums Se. Majestät zu meiner Überzeugung bringen. Der Vorredner hat mir ferner zu beweisen gesucht, daß der Papst, ich weiß nicht, Einfluss oder keinen Einfluss auf das Centrum habe (Abg. v. Schorlemers-Außl. keinen!). Dann ist man also berechtigt, dem gläubigen Publikum die Fraction des Centrums als eine antipäpstliche Institution darzustellen. (Heiterkeit.)

Wenn die Herren ganz und gar keine Verbindung mit dem Papste haben, woher wissen Sie denn, daß das Alles von ihm gebilligt wird, was Sie hier mit so feierlichen Worten verklären als Aufficht der katholischen Kirche. Ich wage es dann zu bezweifeln. Damals, vor mehreren Jahren lag die Sache nicht ganz so, wie der Vorredner sie angab. Soweit sie mir aus den Acten erinnerlich ist, war es nicht der Papst, sondern der Cardinal Antonelli, der die Schaffung des Centrums missbilligte. Ich hatte gesagt, es ist eine große Gefahr, wenn eine konfessionelle Partei in unsere politischen Geschäfte übertragen werden soll, wenn das Concessionelle zu einer weltlichen Herrschaft gelangen sollte. Der Cardinal Antonelli, der ein seiner Kopf ist und nicht so in der Knechtlichkeit der Jesuiten stand wie mancher anderer, sah dies ein und remedirte mit einem Recript nicht sowohl vom Glaubensstandpunkt, als vielmehr vom Standpunkt der ein ärztlichen Urtheilung der Verstandes-Clemente (Große Heiterkeit). Darauf schwärmten die Unternehmer der Centrums-party in Versailles einen vornehmen Mann nach Rom und verklagten den Cardinal Antonelli beim Papst, oder wenn die erste Anregung des Cardinals die päpstliche Billigung hatte, so überzeugten sie den Papst, daß er in diesem Falle sich doch einmal geirrt hat und es wurde a male informato papa ad melius informandum appellari und es kam nun eine volle Billigung alles dessen, was geschehen war. Ich glaube, daß — damit mir der Vorredner nicht den Vorwurf macht, ich vernachlässige die Titulatur — Se. Heiligkeit der Papst damals schlecht berathen war. (Heiterkeit.)

Ich bin überzeugt, daß der Papst hier nach seiner Meinung abstimmen läßt und würde annehmen müssen, daß sich das gesamte Publikum in einer großen Täuschung befindet, wenn dies nicht der Fall sein sollte, über die man es so rasch als möglich aufklären müßte; und die Presse würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie der vom Vorredner gegebenen Ablehnung des Zusammensangs mit dem päpstlichen Stuhl Verbreitung geben würde. Meine Verbindung mit dem päpstlichen Stuhl bechränkte sich auf den recht gescheiteten, jetzt aber leider ganz einflusslosen Cardinal Antonelli. Indessen meine Hoffnung ist, daß dieser jenseits päpstliche Einfluss auf die Dauer nicht anhält; denn wie uns die Geschichte kriegerische und friedliche Päpste gezeigt hat, wird auch einmal wieder demnächst die Reihe an einen friedlichen Papst kommen, der das Produkt des italienischen Clerus nicht zur Weltherrschaft machen will, der bereit ist, auch andere Leute reden zu lassen nach ihrer Art, und mit dem sich wird Frieden schließen lassen, und dann hoffe ich wieder einen Antonelli zu finden, der einstinctiv genug ist. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Birchow: Die Herren vom Centrum haben sich heute zu wiederholten Malen zum Theil in Erinnerung an altem Liberalismus, zum Theil vielleicht nur aus Gründen der Fechtweise immer an die liberalen Parteien gewendet, gleichsam als käme es auf sie an. In diesem Augenblick wissen wir ja, daß die conservativen Parteien sich ganz in derselben Lage befinden, es handelt sich um Interessen, welche weder liberale, noch conservative sind. Meiner Meinung ist den Herren vom Centrum die Verfaßung von Berlin nur um der Artikel willen, die hier in Frage stehen. Dieselben Artikel wollten die Herren in die deutsche Reichsverfaßung hereinbringen und von dem Augenblick an, wo es nicht geschah, war das deutsche Reich ihnen nicht gleichgültig, sondern antipäpstlich. Ich fürchte, nach Aufhebung dieser Artikel werden die Herren alle ihre Kräfte daran setzen, die Verfaßung gänzlich zu ruinieren. Die Argumente der Herren vom Centrum sind ebenso schlecht präpariert gewesen, als die Anekdote, mit welcher Herr von Schorlemers schloß und welche in so geistreicher Weise der Herr Ministerpräsident zurückschoben hat. Herr von Schorlemers will uns verantwortlich machen, kein Präjudiz zu schaffen, wie man die ganze Verfaßung los werden kann. Bei der namentlichen Abstimmung über die unter dem Minister Müller eingebrochene Vorlage wegen Aufhebung des Art. 25 der Verfaßung: „In öffentlichen Volkschulen wird der Unterricht unentgeltlich erteilt“ stimmten sämtliche Mitglieder des Centrums für die Aufhebung, mit Ausnahme eines einzigen katholischen Geistlichen, der seitdem durch die Centrums-party sich genötigt gefühlt hat, vom Schauspiel der politischen Thätigkeit abzutreten, des Domkapitulars Künzer.

Sie (zum Centrum) sind geneigt, Verfaßungsatikel aufzuheben, wenn es Ihnen paßt, und erklären es für ein horribile, wenn es Ihnen nicht paßt. Die Zahlen der Artikel werden allerdings als Leichensteine stehen bleiben, aber als Leichensteine früherer Thorheiten der Gesetzgebung. Das aus dem Wesen der römischen Kirche entspringende Verbrechen, jede sich entgegenstellende Schranke niedergeworfen, macht es ebenso, wie es durch ein Concordat für lange Zeit die Grenze zwischen Kirche und Staat festzuhalten nicht möglich ist, unmöglich, es in irgend einer Weise in der Verfaßung zu thun, deshalb muß man die Kirche ganz aus der Verfaßung beseitigen. Lassen wir den Felsen Petri einfach bei Seite, dann wird sich die Ohnmacht des Staatshalters Christi gleich erweisen, der nur da mächtig wird, wo der Staat ihm seine Hilfe leistet. Wenn mich etwas in meiner Absicht stößt machen könnte, der Aufhebung beizustimmen, so wäre es meine plötzliche Ent-

deckung, daß Herr von Gerlach einmal dieselbe Meinung gehabt hat. Herr von Gerlach befürchtete bei der Beratung der Verfaßungs-Urfunde, die Artikel würden dem Atheismus zur Herrschaft verhelfen, das gerade Gegenteil ist eingetreten, der Ultramontanismus hat davon allein profitiert. Wir hoffen, daß die staatsbürglerliche und religiöse Freiheit eine größere sein wird, wenn die kirchliche Freiheit abnimmt, denn diese ist nichts weiter als die Freiheit der Hierarchie, die religiöse Freiheit ist die Freiheit der individuellen Überzeugung. Es hat eine Zeit gegeben, in der die katholische Kirche die Trägerin der Cultur war, aber zur Zeit, in der die päpstliche Omnipotenz durch die Kreuzzüge erreicht werden sollte, begann mit dem Eindringen der Wissenschaft aus dem Morgenlande die allmäßige Trennung beider, die endlich in dem offensären Gegenjahr überging.

Die Gegenwart verlangt, daß wir Garantien für die jetzige und nachkommende Welt schaffen, daß sie nicht in die Hände des Papstthums zurückfällt, denn wir alle wissen, mit welcher Kunst der Katholizismus es verstanden hat, nicht bloß die Schule, sondern auch die Erziehung einzelner, namentlich hervorragender Kreise an sich zu reißen, mit welchem Erfolg er an den Höfen operirt und wie er selbst noch an protestantischen Höfen sich in den geheimsten Gemächern findet, wo man ihn niemals glaubte. Wenn ich unter Ihnen (zum Centrum) Amendements die gräßlichen und adeligen Namen lese, habe ich immer den Eindruck: Siehe da, die Erziehungsresultate! Wir hätten deshalb auch bei dieser Gelegenheit gern die beiden Passus des Art. 24 der Verfaßungsurkunde gestrichen, welche die Leitung des Religionsunterrichts in die Hände der Religions-Gesellschaften legen. Wir haben im Interesse der Einigkeit der regierungsfreundlichen Parteien von der Einbringung eines solchen Antrags Abstand genommen, obwohl wir glauben, daß ohne diese Aufhebung ein gegenständiges Unterrichts-Gesetz nicht möglich ist. Der Abgeordnete Richter hat angegedeutet, daß es leicht dahin kommen könnte, daß ein Gesetz über die Wahl der Bischöfe gegeben werden müßte. Einem solchen Gesetze würde ich mich widersezten, (Rufe im Centrum: Warum?) wir haben ja gar in Interesse davon, daß (zum Centrum) Bischöfe haben, weshalb sollen wir Ihnen also welche geben? Wir können mit Ruhe und Geduld abwarten, wie Sie Ihre Bedürfnisse befriedigen. Man lasse überhaupt den Papst bei Seite liegen und überlässe denjenigen, welche mit ihm in Verkehr treten wollen, dies privatim zu thun.

Die erste Beratung wird geschlossen, die Verweisung der Vorlage an eine Commission gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt und sofort in die zweite Beratung eingetreten. Abg. Windthorst (Meppen) erklärt, daß er sich unter diesen Umständen in so später Stunde, nach so anstrengen Debatte, wo die Absicht, den Abschluß der Verhandlungen zu forciren, klar vorliege, sich an einer weiteren Discussion nicht beteiligen werde. Eine solche findet auch gar nicht statt, da das Haus sich gegen jede Fortsetzung derselben ausspricht.

Der Antrag Birchow und Genossen wird darauf mit allen Stimmen gegen die des Centrums und mit dieser Aenderung, also mit Wegfall des Schlusses, die Regierungsvorlage angenommen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (3. Beratung der Provinzialordnung und Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung für die schleswig-holsteinischen Anleihen.)

○ Berlin, 16. April. [Die Ruhmeshalle. — Dementi. — Die Majorität im Herrenhause.] Der Kaiser hat an seinem letzten Geburtstage eine allerhöchste Ordre an das Staatsministerium erlassen, nach welcher der Plan, das Zeughaus in eine Ruhmeshalle der preußischen Armee umzuwandeln, auf Grund des von der beyleblichen Commission entworfenen Projects in weitere Erwägungen gezogen werden soll. Das Staatsministerium ist beauftragt, über die weitere Ausführung des Planes, sowie über die Beschaffung der Geldmittel Vorschläge zu machen. — Die jüngsten allarmirenden Nachrichten hatten auch zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben, daß Anwesenheit der umfangreichen Rüstungen Frankreichs auch deutscherseits mit erhöhten Anstrengungen für die Kriegsbereitschaft vorgegangen werden sollte, und daß zu diesem Zwecke Mehrforderungen für die Armee in Aussicht genommen wären. Dies Gerücht ist eben so unbegründet, als jene allarmirenden Nachrichten, auf denen es basirt. — Das Herrenhaus hat durch die Abstimmung über das Sperrgesetz entschiedene Stellung zu dem Kampfe zwischen Staat und Kirche genommen und zwar mit großer Majorität den Tendenzen der Regierung zugestimmt. Man muß schon deshalb auf das Abstimmungsverhältnis Gewicht legen, weil dadurch eine Wendung der der Regierungspolitik höchstwahrscheinlich gegenüberstehenden Fraction der äußersten Rechten befürdet wird. Unter den 29 Mitgliedern, welche gegen das Sperrgesetz gestimmt haben, befinden sich 16 Katholiken und Polen und nur 13 Evangelische. Es stellen also diese 13 Mitglieder den ganzen Rest der einst so compativen und mächtigen Fraction Stahl-Gerlach dar. Die überraschend große Majorität läßt sich auch keineswegs durch den Peerschub erklären. Durch diesen waren 24 neue Mitglieder in das Herrenhaus gekommen, von den 91 die Majorität bildenden Stimmen bleiben also ohne jene noch immer 67 gegen die Minorität von 29 Stimmen. Es ist also ersichtlich, daß der größere Theil der Alt-Conservativen unter dem Eindruck der neuesten feindseligen Schriften Roms von der Notwendigkeit der Regierungspolitik sich überzeugt haben. Dies verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als bekanntlich die „Neue Preußische Zeitung“ fortwährend von dem Erstarken ihrer Partei sabelt.

Gewinn-Liste der 4. Classe 151. Königl. Preuß. Classem-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr. Bei der heute angefangenen Bziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

5 Gewinne zu 6000 M. auf Nr. 12,865. 21,103. 30,142. 31,246. 53,160.

43 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 6223. 6947. 7128. 7186. 8583.

10,268. 12,674. 14,849. 15,657. 16,266. 24,561. 27,078. 29,832. 33,466.

34,176. 34,495. 35,002. 35,320. 37,892. 39,251. 40,749. 41,050. 42,020.

47,624. 51,072. 53,433. 55,767. 60,130. 62,528. 67,033. 71,731. 72,717.

73,598. 75,711. 77,261. 81,044. 83,079. 84,206. 86,341. 91,498. 92,755.

93,224. 94,612.

49 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 2034. 2434. 4696. 11,463. 11,626.

13,365. 13,538. 15,804. 16,525. 19,158. 20,972. 21,358. 23,578. 24,780.

27,926. 28,555. 29,482. 30,292. 30,339. 31,203. 34,867. 35,029. 36,531.

39,858. 47,913. 49,383. 56,492. 58,411. 58,507. 58,522. 58,929. 59,912.

67,408. 67,446. 67,642. 69,389. 69,416. 72,421. 76,031. 76,880. 77,396.

85,305. 85,793. 88,177. 88,348. 88,418. 89,062. 90,964. 93,702.

75 Gewinne zu 600 M. auf Nr. 1592. 2098. 2536. 3327. 4312. 7744.

82,977. 91,188. 10,294. 11,961. 15,101. 16,747. 16,781. 16,862. 17,323.

17,478. 18,201. 18,856. 21,989. 23,633. 24,089. 24,192. 26,779. 28,189.

29,845. 30,793. 31,688. 32,205. 36,071. 36,201. 40,016. 40,291. 41,419.

41,476. 41,826. 43,678. 44,340. 46,269. 46,481. 47,123. 48,531. 51,624.

52,441. 52,878. 53,631. 54,225. 55,816. 57,603. 62,297. 62,803. 67,830.

70,240. 70,357. 72,273. 72,954. 74,398. 75,279. 78,233. 78,490. 78,931.

80,099. 82,687. 83,891. 85,165. 85,438. 85,499. 86,282. 87,397. 90,128.

90,461. 90,698. 92,022. 93,077. 94,347.

(Gewinne zu 210 Mark. Nur die Gewinne zu 300 Mark sind in Parenthesen beigefügt.)

30. 169. 97. 225. 83. 326. 400. 17. 31 (300). 46. 660. 72. 73.

722. 26. 49. 920. 34. 1022. 40. 128. 50. 71. 90. 254. 56. 79. 309.

83. 87. 93. 411. 655. 742. 958. 72. 2012. 18 (300). 36. 112. 26. 46.

(300). 444. 53. 57. 72. 517. 73. 700. 20. 48. 89. 911. 3085. 112.

4027. 31. 91 (300). 162. 214. 306. 75. 456. 539 (300). 690. 728.

34. 46. 822. 48. 58. 904. 7. 38. 84. 85. 5007. 43. 111 (300). 51. 282.

301. 34. 48. 465. 537. 681. 88. 836. 88. 982 (300). 6010. 79. 105.

(300). 285. 316. 50. 449 (300). 71. 91. 98. 510. 12. 91. 62

* [Verhaftung.] Wie aus Liegnitz gemeldet wird, ist einer der Inhaber der Firma Firma Bartschall & Kädtl gefänglich eingezogen.

Berliner Börse vom 16. April 1875.

Wechsel-Course.

| Amsterdam | 100 Fl. | 8 T. | 3½ | 175,60 bz |
|---------------------|---------|------|-----------|-----------|
| do. | do. | 2 M. | 3½ | 174,50 bz |
| Augsburg | 100 Fl. | 2 M. | 4 | — |
| Franckf. M. 100 Fl. | 2 M. | 4 | — | — |
| Leipzig 100 Thlr. | 8 T. | 4 | 20,43 bz | — |
| London 1 Lst. | 3 M. | 3½ | 20,43 bz | — |
| Paris 100 Frs. | 8 T. | 4 | 81,70 bz | — |
| Petersburg 100 R. | 3 M. | 3½ | 279,90 bz | — |
| Warschau 100 R. | 8 T. | 5½ | 282 bz | — |
| Wien 100 Fl. | 8 T. | 4 | 183,50 bz | — |
| do. | do. | 2 M. | 4 | 182,40 bz |

Fonds- und Geld-Course.

| Freiw. Staats-Anleihe | 4½% | — | — |
|--------------------------|---------------------------|------------|-----------|
| Staats-Anl. | 4½% | — | — |
| do. | consolid. | 4½% | 105,30 bz |
| do. | 4½% | 4 | 93,30 bz |
| Staats-Schuldscheine | 3½% | 90,90 bz | — |
| Franz.-Anleihe v. 1853 | 3½% | 132,25 G | — |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4 | 102,50 bz | — |
| Berliner. | 4 | 101,50 B | — |
| Pommersche | 3½% | 87,40 G | — |
| Posensche | 4 | 94,60 bzB | — |
| Schlesische | 3½% | — | — |
| Kur. u. Neumärk. | 4 | 98 bzB | — |
| Pommersche | 4 | 97,25 G | — |
| Preussische | 4 | 97,25 B | — |
| Westfäl. u. Rhen. | 4 | 98,20 bzB | — |
| Sächsische | 4 | 97,80 B | — |
| Schlesische | 4 | 97, etbG | — |
| Badische Präm.-Anl. | 4 | 119,25 bzG | — |
| Bayerische 4% Anleihe | 4 | 120 etbG | — |
| Görl.-Mind. Prämienanl. | 3½% | 107,90 bz | — |
| Kurh. 40 Thlr.-Loose | 23,650 bz | — | — |
| Badische 35 Fl.-Loose | 123 B | — | — |
| Braunschw. Präm.-Anleihe | 74,70 G | — | — |
| Duisburger Loose | 132 B | — | — |
| Louisa — d. — | Freym.Bkn. 99,80 bz | — | — |
| Ducaten — | Oest.Bkn. 184,20 bzG | — | — |
| Sover. 20,52 bz | do. Silbergld. 189,60 bzG | — | — |
| Napoleons 16,32 bzG | do. ¼-Guld. | — | — |
| Imperials — | Russ.Bkn. 282,40 bz | — | — |
| Dollars — | — | — | — |

Hypotheken-Certificate.

| Krupp'sche Partie Obl. | 5 | 103,40 bz |
|----------------------------|-----------|-----------|
| Unk. Pf. d. Pr. Hyp. B. | 4½% | 100,50 bz |
| Deutsche Hyp.-Bk. Pf. B. | 4½% | 95,75 G |
| Kündl. Cent.-Bd. Cr. | 4½% | 101,10 B |
| Unkund. do. (1872) | 5 | 102,60 bz |
| do. rückb. à 110 | 6 | 106,90 G |
| do. do. do. 4½% | 106,40 bz | — |
| Unk. H. d.Pr. Bd. Ord. Cr. | 4½% | 103,20 G |
| do. III. Em. do. 101 bzG | — | — |
| Kündb. Hyp.-Schuld. do. | 99,75 G | — |
| Hyp. Anth. Nord.-G.C.B. | 5 | 101,50 bz |
| Pomm. Hypoth.-Briefe | 5 | 106,25 bz |
| Goth. Präm.-Pl. I. Em. | 5 | 116,40 bz |
| do. II. Em. 107,50 bz | — | — |
| do. 5% Pf. rckzbl. m. 106 | 103,75 bz | — |
| do. 4½% do. m. 10,10 4½% | 97 B | — |
| Meininger Präm.-Pfd. | 4 | 103,10 bz |
| Oest. Silberpfandb. | 5½% | 66 B |
| do. Hyp.Crd.Pfd.b. | 5½% | 68 G |
| Pfd.b. Oest.Bd.-Cr. Ge. | 5 | 88,25 bzG |
| Schles.Bodenkr.Pfd.b. | 5 | 100,80 G |
| do. do. 4½% | 94,90 G | — |
| Südl. Bod.-Cred.-Pfd.b. | 5 | 103 G |
| Wiener Silberpfandb. | 5½% | — |

Ausländische Fonds.

| Oest. Silberrente | 4½% | 68,80 etbG |
|----------------------------|-------------|-------------|
| do. Papierrente | 4½% | 69,60 bz |
| do. 5%er Präm.-Anl. | 4 | 113 B |
| do. Credit-Loose | — | 335,50 bz |
| do. 64er Loose | — | 306,50 etbG |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 174,40 bz |
| do. do. 1866 | 5 | 170,50 bzG |
| do. Bod.-Cred.-Pfd.b. | 5 | 91,80 bzB |
| Russ. Pol. Schatz.-Obl. | 4 | 89 bz |
| Poin. Pfandb. III. Em. | 4 | 83,90 bz |
| Poin. Liquid.-Pfandb. | 5 | 70,20 etbG |
| Amerik. rückz. p. 1881 | 6 | 103,90 bz |
| do. do. p. 1885 | 6 | 102,20 etbG |
| do. 5% Anleihe | 5 | 99,40 bzB |
| Französische Rente | 5 | — |
| Ital. neue 5% Anleihe | 5 | 70,75 G |
| Ital. Tabak-Oblig. | 6 | 99,90 etbG |
| Raab-Grazer 100 Thlr.L. | 4 | 84,10 bzG |
| Rumanische Anleihe | 5 | 105,90 bzG |
| Türkische Anleihe | 5 | 43,50 bzG |
| Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl. | 5 | 76,40 bzG |
| Schwedische 10 Thlr.-Loose | — | — |
| Finnische 10 Thlr.-Loose | 38,90 etbG | — |
| Turken-Loose | 101,50 etbG | — |

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

| Berg-Mühl. Serie II. | 4½% | — |
|-------------------------|------------|-------------|
| do. III.v.S. 3½% | 4 | 84,90 B |
| do. do. VI. 4½% | 98,50 B | — |
| do. Hess. Nordbahn | 5 | 103 G |
| Berlin-Görlitzer | 5 | 103,25 G |
| do. | 4½% | 97 B |
| Breslau-Freib. Litt. | 4½% | 94,20 bzG |
| do. do. G. 4½% | 94,20 bzG | — |
| do. do. H. 4½% | — | K.94,20 |
| Görl.-Minden | 5 | 91,70 B |
| do. do. IV. 4½% | 92,50 G | — |
| do. V. 4½% | 90,75 G | — |
| Halle-Sorau-Guben | 5 | 89 B |
| Hannover-Altenbeken | 4½% | — |
| Märkisch-Posen | 5 | 100,50 G |
| N.-M. Staatsb. I. Ser. | 4 | 96,30 bzG |
| do. do. II. Ser. | 4 | 95,60 B |
| do. do. Obi.II. | 4 | 96,80 B |
| do. do. III. Ser. | 4 | 96,50 B |
| Obersches. A. | 4 | — |
| do. B. | 3½% | — |
| do. C. | 4 | — |
| do. D. | 4 | 93 G |
| do. E. | 3½% | 85 G |
| do. F. | 4 | 100 G |
| do. G. | 4 | 99 G |
| do. H. | 4 | 101,20 bz |
| do. I. | 4 | 103,30 G |
| do. von 1873. | 4 | 94 bz |
| do. von 1874. | 4 | 98,50 B |
| Brieg.-Neiss.-4½% | — | — |
| do. Cosel-Oderb. | 4 | 93,75 G |
| do. do. 5 | 103,80 bzB | — |
| do. Stargard.-Posen. | 4 | — |
| do. do. II. Em. | 4½% | — |
| do. do. III. Em. | 4½% | — |
| do. Ndrschl. Zwg. | 3½% | — |
| Ostpreuss. Südbahn | 5 | 102,50 G |
| Echte-Oder-Ufer-B. | 5 | 103,50 B |
| Schlesw. Eisenbahn | 4½% | 99,25 G |
| Chemnitz-Kotomau | 5 | 60,50 G |
| Dux-Bodenbach | 5 | 72 bzB |
| do. II. Emission | 5 | 55,50 bzB |
| Prag-Dux | — | fr. 34,50 B |
| Gal. Carl-Ludw. Bahn | 5 | 93,50 G |
| do. do. neue | 5 | 92 B |
| Kaschau-Oderbahn | 5 | 76 bzB |
| Ung. Nordostbahn | 5 | 64,90 bzG |
| Ung. Ostbahn | 5 | 62 bzG |
| Lemberg-Czernowitz | 5 | 71,50 G |
| do. do. II. | 5 | 77,50 G |
| do. do. III. | 5 | 70,20 bz |
| Mährisch-Grenzbahn | 5 | 71 B |
| Mähr.-Schl. Centralbahn | 5 | 28 G |
| do. neue | 5 | — |
| Kronpr. Rudolph-Bahn | 5 | 82,25 G |
| Oesterl. Französische | 3½% | 22,50 B |
| do. do. neue | 5 | 22,50 B |
| do. do. neue | 5 | 22,50 B |
| do. Obligations | 5 | 87,50 etbG |
| Warschau-Wien | 5 | 100 G |
| do. III. | 5 | 99 B |
| do. IV. | 5 | 98,70 bz |

| Bank-Discount 4 Pct. | — |
|----------------------|--------|
| Lombard-Zinzzuss | 5 Pct. |

| Amsterdam | 100 Fl. | 8 T. | 3½ | 175,60 bz |
|---------------------|---------|------|-----------|-----------|
| do. | do. | 2 M. | 3½ | 174,50 bz |
| Augsburg | 100 Fl. | 2 M. | 4 | — |
| Franckf. M. 100 Fl. | 2 M. | 4 | — | — |
| Leipzig 100 Thlr. | 8 T. | 3½ | 20,43 bz | — |
| London 1 Lst. | 3 M. | 3½ | 20,43 bz | — |
| Paris 100 Frs. | 8 T. | 4 | 81,70 bz | — |
| Petersburg 100 R. | 3 M. | 3½ | 279,90 bz | — |
| | | | | |